

## Weitere aktuelle Themen

GEGENSTANDPUNKT 3-2011 .....	3
Deutsche Waffen für Saudi-Arabien? Ja + Aber = Aber immer! .....	4
Bootsflüchtlinge aus Tunesien: Von den Segnungen der Freiheit .....	4

## Weitere Vorträge & Diskussionen

Kritik des Nationalismus .....	2
Politischer Diskussionskreis .....	4
GEGENSTANDPUNKT im Radio .....	4
Arbeitskreis KAPITAL .....	4

## Zu den Protestbewegungen

### „Die Empörten!“, „15-M“ und „Echte Demokratie jetzt!“

#### Eure Empörung ist verkehrt – sie lebt von Illusionen über Krise, Demokratie und Marktwirtschaft

Europa spart – am Lebensunterhalt seiner Bürger. Die demokratischen europäischen Regierungen machen das Leben ihrer Völker dafür haftbar, dass ihre Wirtschaft zu wenig wächst und die Kreditwürdigkeit ihrer Nation im Eimer ist. Deswegen haben die verantwortlichen Staatsführer ihren Bürgern ein gewaltiges soziales Abbruchprogramm verordnet.

Betroffene melden sich zu Wort und protestieren. Dass sie das tun, ist überfällig: Nur wie!



Unter den Parolen „Empört euch!“ und „Echte Demokratie jetzt!“ habt ihr euch für europaweite Proteste zusammengesetzt. Ihr wollt etwas dagegen unternehmen: gegen ein Wirtschaftssystem, das, wie ihr sagt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht; gegen Politiker, Manager und Banker, die die Krisenprogramme machtvoll durchsetzen und damit zahllose Lebensperspektiven zerstören.

„Diese Politiker vertreten uns nicht!“

lautet euer Vorwurf an die Adresse der Regierenden, und da denkt ihr daran, dass eure materiellen Lebensinteressen bei der politischen Klasse ausgesprochen schlecht aufgehoben sind. Das ist kein Wunder, doch wenn man als Betroffener die Politiker, die Akteure des Krisenprogramms, ins Visier nimmt, steht man schon vor einer Entscheidung: Entweder man geht der Frage nach, welche Interessen diese Volksvertreter wirklich vertreten; dann stößt man unweigerlich darauf, dass demokratische Politik durch Krise und Boom hindurch eine Raison verfiel, die den Notwendigkeiten der Nation und des kapitalistisch wirtschaftenden Eigentums verpflichtet ist und definitiv nicht den Lebensinteressen der Leute, die dafür arbeiten müssen; dann wäre immerhin der Grund im Visier, dem man die eigene beschissene Lage zu verdanken hat, und im Übrigen auch die Frontstellung klar. Oder man ist von Zapatero, Papandreu und den anderen Figuren enttäuscht, weil sie das Geschäft der politischen Vertretung so schlecht betreiben, wo man doch von demokratischen Führern Besseres erwarten könnte – und ihr habt euch offenbar dafür entschieden: Politiker, Wirtschaftsführer und Bankenmanager – sie alle sind für euch korrupt, wie ihr in eurem Manifest „Echte Demokratie jetzt!“ beklagt.

Ihr beschwert euch über flächendeckenden Amtsmissbrauch, wie er eigentlich nicht sein müsste. Diese Absage an eine verkommene politische und wirtschaftliche Elite ist äußerst unkritisch, auch wenn ihr denen frech „Haut alle ab!“ entgegen ruft. Sie gilt nämlich nur diesen Figuren, eben Zapatero, Papandreu und Co., lebt also von der Vorstellung, es könnte und sollte doch auch viel bessere, ehrlichere Politiker geben. Eure Absage gilt überhaupt nicht den demokratischen Ämtern, kraft derer die Politiker ihre

Krisenpakete schnüren, sondern allenfalls dem Geld, das sie damit verdienen. Habt ihr euch schon einmal überlegt, wie läppisch das – die persönliche Bereicherung im Amt – im Vergleich zu den legitimen Machtbefugnissen ist, die sich die Politiker damit erwerben?

Vermutlich nicht, sonst würdet ihr nicht „Echte Demokratie jetzt!“ fordern. Ausgerechnet Demokratie: Das Volk darf unter mehreren Machtfiguren auswählen, und die gewählte Regierung ist dann streng demokratisch ermächtigt, in aller Freiheit, ohne Rücksichtnahme auf die Wähler, den Erfolg des nationalen Standorts zu betreiben – so buchstabieren sich „demos“ und „kratein“ in der reinsten Demokratie, die es gibt! Und ihr? Ihr wollt echte demokratische Wahlen, also Politiker in Ämter hieven, die ihnen überhaupt erst die Macht über euch und eure Lebensumstände geben. Und dann fällt euch ein, dass man die Bande der Mächtigen aber ganz genau kontrollieren muss! Eine Schnapsidee, mal ganz abgesehen von den Forderungen, mit denen ihr ganz „konkret“ sein wollt: Ihr verlangt „Anwesenheitspflicht“ im Parlament und „mehr Arbeit“ für die Politiker: Parlamentarische Arbeit, mit der gerade eben die Rente wieder gesetzlich einwandfrei gekürzt wird – ihr könnt euch doch nicht im Ernst mehr davon wünschen!?

„Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, ohne dabei auf den Wohlstand der Gesellschaft zu achten“

ist einer eurer kritischen Kernsätze über den Kapitalismus, der euch empört. Dass sich alles um Schulden und Geld dreht, dass alle eure Berechnungen auf eine auskömmliche Existenz einem stabilen Euro und einer soliden staatlichen Schuldenwirtschaft geopfert werden, ist nicht zu übersehen. Die europäischen Politiker sagen auch ganz offen dazu, dass es dazu, den Leuten ihren Wohlstand zu kürzen, damit Spanien usw. wieder auf die Beine kommt, einfach keine Alternative gibt. Da könnte man sie doch einmal beim Wort nehmen: Ja, Spanien, Griechenland und alle anderen Nationen, das sind nichts als Kapitalstandorte, die ihren Erfolg auf die nützliche Armut der Masse ihrer Bevölkerung gründen; einen Erfolg, der sich in wachsenden Schulden und Geldvermögen und einer stabilen Währung bilanziert. Kapitalvermehrung und Wachs- ▶ Seite 2

## VORTRAG & DISKUSSION

### Jahr 5 der Weltfinanzkrise

#### Imperialistische Geldsorgen - und wie die Völker mit ihnen behelligt werden

Referentin: Prof. Margaret Wirth, Universität Bremen

Frankfurt Mittwoch 26.10.2011

Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.69  
(Eingang über den Hof)  
Beginn: 19 Uhr

Marburg Donnerstag 27.10.2011

Kulturladen KFZ, Schulstr.6  
Beginn: 20 Uhr

Eintritt frei!

Seit einem halben Jahr bestimmt wieder die Weltfinanzkrise die Tagesordnung der Weltpolitik. Tagtäglich werden die Bürger von Presse und Fernsehen mit dem Tun und Treiben derer behelligt, die Finanzmärkte heißen und ihr Geschäft mit der Spekulation auf Finanztitel machen. Man erfährt, dass da gegen die Staatsanleihen europäischer Staaten spekuliert und ein Staat nach dem anderen an den Rand des Bankrotts getrieben wird; man wird mit den Aktivitäten von Ratingagenturen vertraut gemacht, die die Schuldtitel der USA herabstufen und damit eine Panik an den Börsen auslösen. Und man wird mit den Anstrengungen der Regierungen bekannt gemacht, mit denen sie die negativen Wirkungen dieses Treibens auf die Staatsfinanzen und auf das Geld der Nationen in den Griff bekommen wollen.

Bei jeder Rettungsaktion, mit der die Regierungen die Märkte zu beruhigen und das Kreditsystem zu sichern suchen, kommt die bange Frage auf: „Klappt das?“. Hinterher darf dann wieder gekunt werden, dass das wohl wieder nicht reicht... So werden die Bürger, die weder an der Börse spekulieren noch ein Regierungsamt inne haben, an diesen Sorgen beteiligt, als wären es die eigenen. Ganz selbstverständlich geht jeder davon aus, dass „der kleine Mann“ von allem betroffen ist, was an den Börsen und in den Regierungssitzen getrieben wird. Dass das Geld, das er verdient und mit dem er zurechtzukommen hat, allemal in Mitleidenschaft gezogen ist, wenn die Geschäfte des Finanzkapitals schlecht gehen: Davon geht jeder aus, als wäre es eine Naturtatsache. Warum das so ist, erfährt man zwar nicht so genau; aber die Botschaft kommt noch allemal rüber: Dass man als „kleiner Mann“ im Grunde nur abwarten kann, auf jeden Fall aber seine Hoffnung darauf setzen soll, dass die wirklichen Herren des

Geldes ihre Sache gut machen.

Die Sorge normaler Bürger darum, ob die Obrigkeit auch ihr Bestes tut, um „unseren Euro“ zu retten, ist ziemlich verkehrt. Sie sieht nämlich geflissentlich darüber hinweg, was dieses „Beste“ eigentlich ist, was die Regierungen zur Bewältigung der Finanzkrise unternehmen:

**Ein Lehrstück über die politische Ökonomie des Kapitalismus - und über das Staatsprogramm der Herrschaft, die diese Produktionsweise betreut.**

- Was ist los, wenn europäische Politiker sich zusammensetzen, um einen Rettungsschirm für den Euro zu basteln, und dabei unbedingt die großen Finanzinstitute mit im Boot haben wollen – und zwar freiwillig? Offensichtlich ist den hohen Herren von der Politik sehr viel daran gelegen, dass ihre Maßnahmen zur Krisenbewältigung bei genau den Banken gut ankommen, die sie an anderer Stelle publikumswirksam als Spekulanten beschimpfen. Offensichtlich ist das die oberste Leitlinie der Politik: Dass alles, was sie tut, um den Kredit zu sichern, auch zu den geschäftlichen Berechnungen derer passt, die das Unheil an den Märkten gerade anstellen.

- Was ist los, wenn Merkel und Sarkozy sich treffen, um über eine neue europäische Wirtschaftsregierung zu sprechen – und dabei verkünden, man wolle von Seiten der Politik alles Nötige tun, um das „Vertrauen der Märkte“ wieder zu gewinnen? Dann geben die politischen Herren zu Protokoll, worauf ihre Rettungsmaßnahmen zielen: Darauf, dass das Interesse der Staaten an einem starken Euro und die geschäftlichen Berechnungen der Kreditwirtschaft wieder zueinander finden. Dann ist offenbar die Welt wieder in Ordnung! Haben Kritiker recht, die der organisierten Verbeugung der Politik vor den Kalkulationen der Finanz- ▶ Seite 2

**Vortrag Weltfinanzkrise ►**

märkte entnehmen wollen, dass sich die Politik hier über den Tisch ziehen lasse? Oder ist es tatsächlich so, dass Reichtum und Macht der Nationen mit dem Gelingen des Geschäfts der Finanziere steht und fällt?

- Was ist los, wenn für die Regierenden bombenfest steht, dass die Finanzmärkte *allemaal richtig liegen*, wenn sie den Schuldtiteln von Staaten das Misstrauen aussprechen? Egal, wofür ein Staat Kredit genommen und ausgegeben hat; egal, ob sein Haushalt gestern noch als solide galt, wenn die *Finanzhäuser* ihm den Kredit entziehen, dann gilt: Da hat die *Nation* über ihre Verhältnisse gelebt. Dann heißt die oberste politische Richtlinie für alle staatliche Politik: Der Kreditwirtschaft muss bewiesen werden, dass ab sofort in diesem Land *solide gewirtschaftet* wird. Dann muss *gespart* werden; und das geht *allemaal* auf Kosten derer, die von Lohn und Rente leben müssen. An Griechenland machen sie es vor, Portugal, Spanien, Irland, Italien... ziehen nach: Zwecks

Krisenbewältigung verordnen die politischen Herren ihren Völkern ein gnadenloses Verarmungsprogramm.

- Und was ist los, wenn die politische Herrschaft, die so auf die Freiwilligkeit „der Märkte“ aus ist, bei der Durchsetzung dieses Programms gegen die Leute weniger Wert auf *Freiwilligkeit* legt? Da gilt: Die Volksmassen haben sich dem neuen Elendsniveau zu fügen, das Politik für sie im Angebot hat. Streiks, Aufruhr, Demonstrationen sind fehl am Platze, wo es darum geht, den Kredit der Nation zu retten: Das ist die Lehre aus der Krise, die die politischen Führer ihren Völkern unmissverständlich beibringen.

Die Sorge, ob solche radikalen Sparprogramme *wirklich* aus der Krise führen, sollte man also tunlichst den Experten überlassen. Und sich stattdessen unvoreingenommen ein wenig Klarheit verschaffen über die *Gründe der Krise* – und die *Zwecke* und Absichten derer, die ihre ganze Macht zur Rettung ihres kapitalistischen Systems zum Einsatz bringen. ■

**Protestbewegungen ►**

tum des staatlich bilanzierten Geldreichtums, *das* ist der nationale Wohlstand, auf den es ankommt, dessen Mehrung zu fördern, ist Ziel und Aufgabe der politischen Verwalter des Systems, etwas anderes hat man von diesen Gesellschaften also nicht zu erwarten. Ihr aber haltet die derzeitigen Verhältnisse offenbar bloß für eine *Übertreibung*, eine *Entgleisung* sozusagen, die eigentlich gar nicht sein müsste in diesem System. Ihr schreibt nämlich:

„Wir brauchen eine *ethische Revolution*. Anstatt das Geld über den Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unsere Dienste stellen. Wir sind Menschen, keine Waren.“

Wie kommt ihr denn auf „wieder“? Könnt ihr uns verraten, in welcher Sekunde der Geschichte des Kapitalismus das Geld je im Dienste des Wohlergehens der Menschen und ihrer materiellen Wohlfahrt gestanden hätte? Wie sollte so ein „Dienst“ auch aussehen? Etwa so, dass das Geld einen Boom auf dem spanischen Wohnungs- und Arbeitsmarkt veranstaltet, wo ihr euch krummgelegt habt für eine Wohnung und den zu bedienenden Kredit, euch abgestrampelt habt für irgendeinen meist schlecht bezahlten Job? Trauert ihr etwa *diesen* beschissenen ‚besseren Zeiten‘ nach, weil jetzt die Wohnung zwangsversteigert wird oder der Job weg ist? Dann liegt ihr verkehrt, denn gestern waren haargenau *dieselben* Systemzutaten mit haargenau den *gleichen* Rechnungsweisen in Kraft, wie sie heute, in Krisenzeiten, massenhaft Leute, die von ihrer Arbeit leben müssen, in den Ruin treiben. Ihr erlebt nichts als die unausweichliche Konsequenz von gestern, wo eure Perspektiven mit Wohnung und Job auch nichts anderes waren als Instrumente privater Eigentümer, mit euren Schulden oder eurer Arbeit ihr Geldvermögen zu vermehren. Arbeiten für Geld, Wohnen nur, wenn man einen Bankkredit bedient oder Miete bezahlt, ein Bankwesen überhaupt, usw. usf. – das gehört zum bleibenden Inventar einer kapitalistischen Wachstumsmaschine und stiftet die alltäglichen Notlagen für die, die in diesen Verhältnissen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, der von der Bedienung all dieser Geschäftsrechnungen abhängt. Deswegen steigen im Krisenfall, wenn die ganzen Wachstumsansprüche der Wirtschaft nicht zur Zufriedenheit aufgehen, auch die Unkosten für all diejenigen, die vom Dienst an diesen Ansprüchen leben.

Eure Not von heute beweist also etwas ganz anderes als eine „*ethische Verantwortungslosigkeit*“. Sie beweist, welche armseiligen und prekären Rechnungen ihr gestern

mit dem kapitalistischen System eingegangen seid. Und sie beweist überhaupt nicht, dass in der Krise jetzt der „*Misbrauch*“ des Geldes eingerissen wäre und die Macher des Systems ihrer „*Verantwortung*“ nicht gerecht würden, wie ihr in eurem Manifest behauptet: Nicht einmal jetzt wollt ihr die Einrichtungen, die euch das Leben jetzt so schwer machen, angreifen; ihr bildet euch statt dessen ein, mit einer anderen, wie ihr meint ‚verantwortungsvolleren Einstellung‘ seiner Agenten wäre der kapitalistische Laden für eure Lebensinteressen dienstbar zu machen – da könnt ihr lange warten, die Angesprochenen weisen euch doch unmissverständlich auf ihre nationale Verantwortung hin, die ihnen keine Alternative zu ihrem Verarmungsprogramm lässt.

In eurem Manifest fordert ihr *öffentliches* Eigentum anstelle von Privatisierung – das soll es bringen, wo euch gerade die öffentliche Gewalt als Arbeitgeber, Rentenverwalter oder Steuereintreiber das Leben schwer macht? Ist es euch nicht zu bescheiden, als Konsequenz von Zwangsräumungen und -versteigerungen empört *Mietbeihilfen* zu fordern – und gegen das Recht der Immobilieneigentümer, an den Wohnbedürfnissen ordentlich zu verdienen, kein böses Wort zu verlieren? Ist es nicht jämmerlich, die *Verstaatlichung* von Banken zu fordern – also ihre staatlich betreute *Sanierung*, damit dann nach der Krise ihre Kredit- und Spekulationsgeschäfte wieder erfolgreich losgehen? Habt ihr denn nicht mehr zu fordern als *Arbeitsplatzsicherheit*? Die ganze Hoheit über die Arbeit soll bei den Herren Arbeitgebern bleiben – sie sollen euch nur ganz bestimmt in den bezahlten Dienst an ihrem Eigentum nehmen! Ein sehr bescheidener Antrag, der überhaupt nur *im Vergleich* einen Vorteil bietet – zur einzigen Alternative nämlich, die das marktwirtschaftliche System für Arbeitnehmer bereithält: dem Elend der Arbeitslosigkeit.

Eine eurer prominentesten Parolen lautet:

„Wir sind keine *Systemfeinde* – das System ist uns gegenüber *feindlich*.“

Die zweite Hälfte verstehen wir als eine Zusammenfassung eurer Beschwerden über Entlassungen, Lohnsenkungen, Rentenstreichung, Steuererhöhung, Zwangsversteigerungen usw.: Darüber also, dass euch die politischen Verwalter des Systems mit ihrer öffentlichen Gewalt rücksichtslos eure Lebensverhältnisse kündigen, damit private Geldvermögen gerettet werden und die Nation kreditwürdig bleibt. Umso weniger verstehen wir die erste Hälfte: Wieso besteht ihr darauf, keine Gegner dieses euch so feindlich gesinnten Systems zu sein, sondern

**VORTRAG & DISKUSSION****Kritik des Nationalismus****Was ist er? Wie geht er? Woher kommt er?****Was leistet er? Wie bekämpft man ihn?**

Nationalismus, das ist die Parteilichkeit für die Nation mit allem drum und dran, eine Gemeinschaftsgesinnung zu Staat und Volk gleichermaßen.

In hohem Ton kommt sie am Nationalfeiertag, am Feierabend als Nationalhymne und an manchen Wochenenden als Unterhaltung daher. Bei internationalen Sportereignissen, kann man beobachten, wie sich bei Siegen der Nationalmannschaft schwarz-rot-golden Bemalte selig verbrüdernd, die sich in ihrem Alltag keineswegs immer vertragen. Da werden deutsche Siege gefeiert, wie wenn die mit einer Lohnerhöhung, Mietpreissenkung oder Urlaubsverlängerung verbunden wären.

Den Arbeits- und Alltag von „Herr und Frau Deutsch“ berühren diese nationalistischen Orgien eher nicht. Wenngleich nationalistische Töne auch da immer und überall zu hören sind. Etwa wenn sich Menschen Fragen der folgenden Art stellen: „Wie kommen WIR aus der Krise heraus?“, „Warum sind UNSERE Krankenkassen so teuer, warum UNSERE Schulkinder nicht gut genug in der Internationalen Konkurrenz?“ Da haben Leute ganz viel Sorgen mit Deutschland, und das lässt sie nicht etwa zweifeln an ihrer Parteinahme fürs Land, sondern befeuert diese offenbar. Sie fordern, dass UNSERE Bundesregierung mal wieder durchgreifen müsste, und meckern, dass UNSERE Politiker immer nur labern. Als ob sie alle zum Beraterstab der herrschenden Politikerriege gehören würden, stellen sie sich auf den Standpunkt des nationalen Erfolgs und messen alle nationalen und internationalen Angelegenheiten daran, wie Deutschland dabei abschneidet. Dabei haben sie doch wirklich noch ein paar andere Sorgen. Und dass diese Sorgen über

Geld und Gesundheit, Arbeitsbelastung und Steuern, Schulden und Preissteigerungen, Löhne und Arbeitszeit, Examen und Jobsuche nicht weniger werden, wenn sie deutsche Erfolge bei der internationalen Krisenbewältigung wünschen und Wachstum oder Weltmarkterfolge deutscher Konzerne feiern, kann ihnen nun wirklich nicht entgehen.

Das wissen sie auch, nehmen Deutschland da aber nichts übel. Das Übelnehmen haben sie sich sauber für andere reserviert: „Müssen WIR den Pleitegriechen helfen?!, „Müssen bei UNS so viele Ausländer leben, die nicht zu UNSERER Kultur passen?!“ Nationalisten teilen sich ein, wo sie Schäden ansiedeln, nicht länger tragen wollen und Abhilfe verlangen. Genau da, wo ihnen Politiker, Bild und Funk ansagen, wo und von wem der Nation Schaden droht. So dass sie Deutschen glatt wie eine Schadensabwendung und Besserstellung von ihnen verkaufen können, wenn es „Pleitegriechen“ und anderen Ausländern schlechter geht.

Es fragt sich schon, wie es erwachsene Menschen schaffen, sich die Sache der Nation so zu eigen zu machen. Zu den regierenden Berufspolitikern, deren Amt und Auskommen es ist, sich an allen Fronten für deutsche Siege einzusetzen, gehören sie mehrheitlich ja nicht. Im Gegenteil: Sie sind die Regierten, auf deren Kosten diese Erfolge erzielt werden. Der Nationalismus von unten gibt also schon erhebliche Rätsel auf. Es ist nämlich weder praktisch noch lebensstüchtig oder gar erfolgsorientiert, wenn ganz normale Landesbewohner parteilich für nationale Interessen eintreten. Warum tun sie es dann? Und warum bildet diese Parteilichkeit so einen festgefügt Bestandteil ihrer Einstellung zu allen Lebensumständen hierzulande?

**Referent: Jonas Köper, Redaktion GEGENSTANDPUNKT****Frankfurt****Mittwoch, 23.11.2011**

Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.69

(Eingang über den Hof)

Beginn: 19 Uhr

**Marburg****Donnerstag, 24.11.2011**

Kulturladen KFZ, Schulstr.6

Beginn: 20 Uhr

**Eintritt frei!**

„normale Menschen. Wir sind Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden, Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen, die uns umgeben, eine bessere Zukunft zu geben.“

Ausgerechnet so eröffnet ihr eurer Manifest! Mit der demonstrativ zur Schau getragenen *Bereitschaft*, in diesem System als nützliches Rädchen mitzuarbeiten. Die Kommandeure pfeifen auf eure Dienste und lassen euch für die Systemschulden zahlen, und ihr kommt ihnen damit, dass *ihr* die Mitarbeit am System deswegen noch lange nicht kündigen wollt! Ausdrücklich wollt ihr keine Gegner dieser Verhältnisse sein, pocht

stattdessen mit eurer „*Normalität*“ darauf, dass ihr als anständige Menschen es eigentlich nicht *verdient* hättet, von euren Herren so schäbig behandelt zu werden, seid am Ende enttäuscht und empört über diejenigen, die euch kaltlächelnd euer Auskommen zusammenstreichen.

Mit dieser Empörung und Enttäuschung haltet ihr unerschütterlich an der Illusion fest, das System von Demokratie und Marktwirtschaft hielte letztlich doch irgendwie eine Lebensperspektive für Leute wie „*dich und mich*“ bereit. Damit verschafft ihr euch allenfalls das schöne Gefühl, als gute Menschen moralisch Recht zu behalten gegenüber den schlechten Repräsentanten des verkommenen Systems. ■

# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

## 3-11

Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung

**„Die Krise ist zurück!“**

**Brasiliens Aufstieg –  
eine imperialistische Erfolgsstory**

Land und Volk im Dienst kapitalistischen Wachstums  
und nationaler Macht

**Krisenbewältigung in Ungarn**

Eine „nationale Revolution“ im Hinterhof der EU

Die unhaltbare Lage eines Transitlands zwischen West und Ost

**Wie der Westen und Russland  
Weißrussland in die Krise gestürzt haben**

Mikrokredite gescheitert? · Humanismus verpflichtet Deutschland zum Krieg – „wo immer das geht!“ · Noam Chomsky: Kleine Studie zur Debattenkultur · Ehec: „Lebensmittel sind ein Risiko“ · Mit dem Jobwunder aus dem Ein-Euro-Job-Gefängnis · Zu den Protestbewegungen „Die Empörten!“, „15-M“ und „Echte Demokratie jetzt!“: Eure Empörung ist verkehrt · Prominente Männer ficken namenlose Frauen – wie ist die Rechtslage? · Neues aus dem Gesundheitssystem: Krankenkassen-Defizit einfach wegkonkurrieren! · Fachkräftemangel: Radikaler Anspruch auf Qualifikation zu niedrigem Preis · Deutsche Waffen für Saudi-Arabien? · Ja + Aber = Aber immer! · Das Attentat in Norwegen: Ein Blutbad zur Rettung des christlichen Abendlandes

ISSN 0941-5831 144 Seiten € 15.–  
Ab sofort im Buchhandel erhältlich

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung \* Carolus \* Hugendubel \* Internationale Buchhandlung Südseite \* Karl Marx \* Land in Sicht \* Naumann & Eisenbletter \* Ypsilon \* DARMSTADT: Georg Büchner \* Bressunger \* GRIESHEIM: Schlapp \* SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg \* MAINZ: Cardabela \* BAD HOMBURG: Hugendubel \* GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung \* MARBURG: Elwert \* Roppel \* Roter Stern

Bestellungen beim **Gegenstandpunkt Verlag**, Kirchenstr. 88, 81675 München  
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

E-Mail: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de) Internet: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

V.i.S.d.P.: Gegenstandpunkt Verlag GmbH, B. Schumacher, Kirchenstr. 88, 81675 München; E.i.S.

Das Verlagsprogramm und weitere Artikel stehen im Internet unter  
[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

Auf den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des  
GEGENSTANDPUNKT-Verlags sind kostenlose Probeexemplare  
der Zeitschrift erhältlich.

## Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung

**„Die Krise ist zurück!“**

Seit Griechenland von seinen Euro-Partnern und dem IWF Kredit bekommen hat und die verlangten Maßnahmen zur Sanierung seines Haushalts tapfer voranbringt, sind nicht nur dort die Zahlungsnöte der Regierung immer größer geworden. Auch das Geschäft mit Staatsanleihen der Euro-Länder Irland und Portugal ist inzwischen total eingebrochen; die Zinsen bzw. Risikozuschläge für Staatsanleihen Spaniens und Italiens erreichen unvermeidbare Höchstwerte. Jenseits des Atlantik steht es auch nicht gut: Da erkennt eine der drei wichtigen Rating-Agenturen den Staatsanleihen der USA nurmehr die Note „AA+“ zu und schickt damit die „Börsen auf Talfahrt“. Hinzu kommt: Mit der Weltkonjunktur sieht es gar nicht gut aus. Schuld daran und an den mittelfristig schlechten Aussichten sind nach verbreiteter Einschätzung nicht zuletzt die Sparbemühungen vieler Staaten, die andererseits wegen ‚Krise‘ unvermeidlich sind... Eine dumme Sache, so eine Krise; eine, die Aufklärung verlangt:

- Europas Staatsschulden sind also zu hoch. Fragt sich nur: Zu hoch für wen? Und für welchen Zweck?
- Was zu viel ist, gehört gestrichen. Aber genau das darf nicht passieren.
- In der Krise der Staatsschulden sind die verschuldeten Euro-Staaten als Garanten ihrer Schulden gefordert – also als Konkurrenten herausgefordert.
- Auch die USA sind überschuldet – für die krisenhafte Zuspitzung sorgt die politische Spitze der Weltmacht selber.
- Die Lösung für die USA: Ein Kompromiss im Haushaltsstreit, der Amerikas „Triple A“ beschädigt und einen weltweiten Börsenkrach auslöst.
- Die Lösung für Europa: Ein finanzpolitischer Kraftakt zur Rettung der Euro-Zone, der den Fortgang der Krise bewirkt.
- Die Leistung des Gemeinschaftswerks der Euro-Staaten: Verschärfter Konkurrenzkampf auf Ansage und Börsenkrach für alle
- Die Krise als politische Chance – für ein Europa des Kapitals, wie Deutschland es sich wünscht.

## Drei Fälle von Staatenkonkurrenz um kapitalistischen Reichtum und nationale Macht

**EU-Krisenland Ungarn:  
Eine „nationale Revolution“ im Hinterhof der EU**

Nicht Griechenland, sondern das Nicht-Euro-Land Ungarn ist der erste Pleitier unter den EU-Staaten, schon 2008. Seither ist Ungarn dank seiner staatlichen Kreditnöten erpressbar, ökonomisch auf den Schuldendienst festgelegt und von EU und IWF zur Erfüllung von Haushalts- und anderen Auflagen genötigt. Das halten die im Frühjahr 2010 mit überwältigender Mehrheit an die Macht gewählte Partei Fidesz und ihr Chef nicht aus. Als vom Anrecht Ungarns auf nationale Größe überzeugt, daher abgrundtief unzufriedene Nationalisten erklären Orbán und sein Fidesz dieser demütigenden Lage den Krieg. Sie sind fest entschlossen und sehen sich vom Volk beauftragt, Ungarn seinen „würdigen Platz im 21. Jahrhundert“ zu erkämpfen. Dazu muss die Nation sich wieder auf ihr *Recht* auf Macht und Erfolg besinnen, den *Willen* zur Selbstbehauptung fassen und sich in diesem kämpferischen Geist zusammenschließen. Der „*ungarische Geist*“, ein *kämpferischer Patriotismus* soll die Nation künftig wieder beseelen – das ist für den Fidesz das Fundament für den Wiederaufstieg des krisengeschüttelten Ungarn. Dass ihr radikales Staatsprogramm auch das Anliegen jedes guten Volksgenossen ist, davon gehen die Staatsretter aus, verlangen von jedermann, sich als Beitrag zur Stärkung der neuen Einheit zu begreifen - und versprechen, ihren Laden künftig so zu organisieren, dass an diesem großen ‚Wir‘ wirklich keiner mehr vorbeikommt. Es geht also um nicht weniger als eine „*nationale Revolution*“ von oben, eine Kampfansage nicht nur ans Ausland, sondern auch und vor allem ans eigene Volk.

**Brasiliens Aufstieg –  
eine imperialistische Erfolgsstory**

Im Fall des brasilianischen Lula hat sich schnell herausgestellt, dass seine Klagen über den „*Ausverkauf*“ der Nation und seine Empörung über Hunger und Elend seines Volkes nie als Einspruch gegen die Rechnungsweisen der kapitalistischen Weltökonomie gemeint waren. Seine Unzufriedenheit gilt dem mangelnden Erfolg der Bemühungen Brasiliens, den Status des ewigen Schwellenlandes zu überwinden: Den Zustand der Volksmassen wie der heimischen Ökonomie nimmt er als Zeichen dafür, dass das große Brasilien nicht den Platz in der Konkurrenz der Nationen einnimmt, der ihm nach seiner Auffassung zusteht. Diesen Zustand will er mit aller Macht korrigieren. *Dafür* werden Land und Leute – koste es sie was es wolle – als produktive Basis hergerichtet und damit alle Hoffnungen des Volkes auf ein besseres Leben auf diesen nationalen Erfolgsweg verpflichtet.

Dass Brasilien in der „Ära Lula“ den Sprung in die Liga der Wirtschaftsmächte geschafft hat, verdankt sich allerdings nicht einfach dem nationalistischen *Willen* seiner Anführer zur Korrektur der Konkurrenzverhältnisse, der weder früheren Militärdiktatoren noch späteren zivilen Regierungen fremd war, sondern einer veränderten *Weltmarkt- und Weltmachtlage*. Die verschafft Brasilien neue Mittel und Gelegenheiten für das staatliche Bedürfnis nach nationalem Erfolg auf dem Weltmarkt und in der Konkurrenz der Mächte.

## Die unhaltbare Lage eines Transitlands zwischen West und Ost - Wie der Westen und Russland Weißrussland in die Krise gestürzt haben.

Seit Anfang des Jahres häufen sich Meldungen aus Weißrussland über den drohenden Staatsbankrott und den Zusammenbruch der dortigen Lebensverhältnisse. Nachdem die westliche Fachwelt dem „*reformunwilligen*“ Diktator und seinem vorsintflutlichen System bis dato zähneknirschend „*einen bescheidenen, doch stabilen Wohlstand*“ bescheinigen musste, registriert sie diese Nachrichten nun mit unverhohlener Schadenfreude: Selten hat man so eine nützliche und gerechte Krise erleben dürfen, schließlich bringt sie den „*letzten lebenden Diktator in Europa*“ und seine bisher unangenehm „*stabile*“ Herrschaft ins Schleudern und berechtigt die Anhänger von „*Reformen*“ zu den schönsten Hoffnungen. Andererseits bleibt die ärgerliche Tatsache bestehen, dass Russland bei der anstehenden „*Lösung*“ einfach nicht auszumischen ist.

Für die historische Ironie dieser Lage haben die hiesigen Tyrannenbekämpfer selbstredend keinen Sinn: Immerhin sind da die anfänglichen Wiedervereinigungsbestrebungen zweier „*Brudervölker*“, die an ihrer dann doch inkompatiblen Staatsraison gescheitert sind, zu einer modernen imperialistischen Beschlagnahme mit den Mitteln des Weltmarkts mutiert. Und es ist ausgerechnet Russland, das Lukaschenko die Reste seines realsozialistischen Wirtschaftsprogramms zerlegt und ihm beibringt, wozu zwischenstaatliche Schulden marktwirtschaftlich und politisch gut sind.

Die weißrussische ist eine sehr übersichtliche Krise, nämlich das Derivat des west-östlichen Energiegeschäfts: Auf dessen Basis hat sich Lukaschenko einerseits den Versuch geleistet, auch unter radikal geänderten Bedingungen Elemente der realsozialistischen Hebelwirtschaft in seinem Machtbereich zu retten, und konnte sich das – für den hiesigen Geschmack schon viel zu lange – leisten. Andererseits begründet genau diese Abhängigkeit die Angreifbarkeit seines Staatsprogramms – und zwar aus beiden Himmelsrichtungen. Das genannte Geschäft ist schließlich von Beginn an der Stoff für einen Streitfall auf höchster Ebene: Wegen seiner Bedeutung als *Transitland* beanspruchen sowohl der Westen wie auch Russland Kontrollrechte und ringen um die *strategische Zugehörigkeit* des Landes und die Unterordnung seiner eigensinnigen Herrschaft.

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des  
GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen  
des Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf  
[www.argudiss.de](http://www.argudiss.de) und [www.farberot.de](http://www.farberot.de)

## Deutsche Waffen für Saudi-Arabien? Ja + Aber = Aber immer!

Die deutsche Regierung beantwortet die Anfragen des saudischen Königreiches wegen der Lieferung von 200 deutschen Kampfpanzern der Marke Leopard 2 und der Technologie zur Lizenzproduktion deutscher Sturmgewehre positiv und hält den Deal unter der Decke regierungsamtlicher Verschwiegenheit. Irgendwie kommt's doch heraus, die Opposition ist demonstrativ empört und eine Weile lang diskutiert die Öffentlichkeit an- bis aufgeregt über Pro und Contra von Waffenexporten und -lizenzen für die arabische Welt. Die FAZ bietet im Streit der Meinungen folgende Entscheidungshilfe:

*„Waffen für Saudi-Arabien? Das ist nichts Neues. Nicht nur die schwarz-rote, auch die rot-grüne Koalition hat das autoritäre Regime in Riad beliefert. (...) Es ist sicher nicht im Sinne solcher Exporte, dass Sturmgewehre deutscher Herkunft anschließend im Internet angeboten werden. Doch zeigt sich hier ein grundsätzliches Dilemma. Man stabilisiert lieber ein fragwürdiges Regime, als dass man eine Region den extremistischen Kräften überlässt. Und wenn solche Staaten schon mit Waffen unterstützt werden müssen, warum sollen es dann nicht deutsche sein? Mit guten Gründen muss Sinn und Zweck der Ausfuhr von Panzerfahrzeugen und Sturmgewehren an den Golf immer wieder bezweifelt werden. Doch wenn sogar die langjährige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul. (SPD) das alles letztlich immer mitgetragen hat – dann geht es wohl nicht anders.“* (FAZ, 13.8.11)

Erstens erfahren wir, dass „Waffen für Saudi-Arabien“ „nichts Neues“ sind, die Angelegenheit also keine besondere Aufregung wert ist. Ohne nähere Befassung mit den Gründen und Absichten deutscher Außenpolitik steht so über deutsche Waffenexporte an die Saudi-Prinzen schon einmal fest: Verkehrt können sie unmöglich sein. Das sieht man auch daran, dass „solche Exporte“ nicht nur seit langer Zeit, sondern auch von allen jeweils regierenden Koalitionen quer durch das demokratische Farbenspektrum – rot-grün, schwarz-rot, schwarz-gelb – genehmigt worden sind. Irgendwie scheinen sie zum Wesen deutscher Politik zu gehören.

Zweitens aber zeigt sich in ihnen ein „grundsätzliches Dilemma“: Das Empfängerland der deutschen Waffen ist nicht so astrein, wie es sein sollte. „Autoritär“ wäre das dort herrschende „Regime“, „fragwürdig“ sogar – inwiefern, braucht man schon wieder nicht zu wissen, weil man die Hauptsache ja erfahren hat: Irgendwie passt es nicht so

perfekt zum Sittenkodex guten Regierens, an dem sich der Exportweltmeister bei der Auswahl seiner Handelspartner bei diesem speziellen Warensortiment angeblich zu orientieren pflegt.

Drittens zeigt sich an diesem „Dilemma“, dass es gar kein Dilemma ist, weil für deutsche Waffenexporte ein ganz spezielles Sittengesetz einschlägig ist. „Eine Region“ nicht „extremistischen Kräften“ überlassen, heißt das weltpolitische Gebot, dem „man“ in Deutschland „lieber“ gehorcht, woraus sich schon wieder ohne nähere Befassung mit irgendetwas Bestimmtem eines mit Bestimmtheit folgern lässt: Gegen „Kräfte“, die „Stabilität“ gefährden, helfen nur überlegene Kräfte, die stabil sind. Ein autoritäres Regime ist zweifellos eine diesbezüglich vielversprechende Kraft, also „müssen“ auch „solche Staaten“ wie Saudi-Arabien „stabilisiert“ und das heißt eben „mit Waffen unterstützt werden.“

Viertens ist damit klar: Wenn Deutschland um Stabilität besorgt ist und die es ist, die Waffen braucht – „warum sollen es dann nicht deutsche“ Waffen sein, die dem guten Zweck dienen? Die Lage so zurechtgelegt, ist dafür in der Tat weit und breit kein Grund in Sicht – dafür allerdings, weshalb es dann unbedingt deutsche Waffen am Golf braucht, auch nicht, und es gibt sogar, hört man vom Mann der FAZ, „gute Gründe“, „Sinn und Zweck“ ihres Exports dorthin zu „bezweifeln“. Nicht, dass er sie vertreten würde. Von ihnen muss man auch schon wieder keinen einzigen ernst oder überhaupt nur zur Kenntnis nehmen, weil es auf den Sinn und Zweck dieses Bezweifelns ankommt. Auch das ist bei deutschen Waffenexporten nichts Neues ist und gehört bei ihnen einfach dazu, denn das ist ja das Schöne dieser Sorte Kritik: Gerade um jeden Zweifel an seinem grundsätzlich gerechtfertigten Sinn und Zweck wirkungsvoll zu erledigen, „muss“ man bei jedem Waffenexport „immer wieder“ dieselbe Sinnfrage aufwerfen – und sich von der politischen Praxis immer wieder von neuem darüber belehren lassen, dass sie die allerbesten Gründe für sich auf ihrer Seite hat. Und so macht man oppositionelle Nörgelei am Regierungskurs, die man nicht leiden kann, dann endgültig mundtot: Man zitiert die traditionelle Obernörglerin, die man bei der FAZ noch nie hat leiden können, als Kronzeugin der eigenen Auffassung – und wenn „sogar“ die Rote Heidi zu deutschen Waffenexporten an den Golf immer ihren Segen gegeben hat, „dann geht es wohl nicht anders“ und gibt es zu ihnen einfach keine Alternative. Q.e.d. ■

## ARBEITSKREIS

### Karl Marx Das Kapital

#### Kritik der politischen Ökonomie Erster Band

Ausgabe: MEW 23, Dietz-Verlag ISBN: 978-3-320-00262-6

Ort	Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum	K1, K2 oder K3 (im 1. Stock)
Zeit	02.11. / 16.11. / 30.11. / 14.12. / 21.12.2011 weitere Termine nach Vereinbarung (jeweils Mittwoch 19 Uhr)

Veranstalter: farbeROT

### Bootsflüchtlinge aus Tunesien: Von den Segnungen der Freiheit

In der Folge des Volksaufstands in Tunesien sieht sich die Europäische Union einer Flüchtlingswelle ausgesetzt. Auf Lampedusa landen jede Menge Nordafrikaner, die dort nicht hätten landen dürfen. In mehreren Verträgen hatte Europa die alte tunesische Regierung, heute den „Diktator Ben Ali“, darauf verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass das Elend seines Landes, aber auch das anderer afrikanischer Länder, für die Tunesien nur Durchgangsland ist, nicht an europäische Küsten schwappt. Im Chaos der Rebellion gegen Ben Ali und in der Anfangsphase der Übergangsregierung nutzen aber eine Menge Leute die Gelegenheit mangelhafter tunesischer Grenzkontrollen, um eben genau das zu tun. Sie kommen mit Seelenverkäufern über das Mittelmeer, werden von der italienischen Küstenwache aufgebracht und überfüllen die dortigen Aufnahmelager. Wenn die europäischen Nationen Menschen beherbergen sollen, die sie nicht beherbergen wollen, ist eine „humanitäre Katastrophe“ schnell herbeigeregelt: So war die Gratulation an das tunesische Volk zur Befreiung von der Diktatur nicht gemeint, dass die Elendsgestalten die Schwäche ihres Staates ausnutzen, um zu uns zu kommen.

Bei allem Streit anlässlich der Verteilung der Lasten, die die Abwicklung des Flüchtlingsproblems darstellt, ist sich Europa in einem einig: Ein Bleiberecht für die Wirtschaftsflüchtlinge darf es nicht geben und das Anrecht Europas, vom afrikanischen Elend unbehelligt zu bleiben, muss – „arabischer Frühling“ hin oder her – behauptet und wiederhergestellt werden. Dafür müssen neue Grenzschutzmaßnahmen an der Außengrenze der EU, aber auch innerhalb des Schengenraums getroffen, und dafür müssen neue Verträge über Rückführung und Grenzkontrollen mit der neuen freiheitlichen Regierung in Tunesien geschlossen werden.

All dies ist gerechtfertigt, denn:

„Wenn es einen Grund gibt, Tunesien nicht mehr zu verlassen, dann jetzt, wo dort eine Demokratie aufgebaut wird.“ (Der vormalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière, welt-online, 16.2.11)

Früher, unter Ben Ali, als der Diktator im europäischen Auftrag jede Flucht verhindert hat, da mag es Fluchtgründe gegeben haben, die de Maizière, jedenfalls im Rückblick, wenn schon nicht akzeptieren, so doch hätte nachvollziehen können. Aber heute, wo der Übergang zur Demokratie ansteht, ist ein einleuchtender Grund dafür nicht in Sicht. Wirtschaftsflüchtlinge mögen ohne Demo-

## GEGENSTANDPUNKT im Radio

### radio x Frankfurt

(FM: 91,8; Kabel: 99,85)  
(Livestream: [www.radiox.de](http://www.radiox.de))

1., 3. und 5. Mo 15 bis 16 Uhr  
Wiederholung Di 9 bis 10 Uhr

### Radio Unerhört Marburg

(Antenne: 90,1; Kabel: 107,25)  
(Livestream: [www.radio-rum.de](http://www.radio-rum.de))

Mi 18:30 Uhr, Wiederholung  
Do 00:30 Uhr und 13:30 Uhr

Fr 19 bis 20 Uhr, 14-tägig,  
Wiederholung Mo 6 Uhr

### Aktuelle Sendungen

- Eine schöne Kontroverse über weltpolitische Verantwortung: Humanismus verpflichtet Deutschland zum Krieg - „wo immer das geht“!
- Lehren aus der „Schuldenkrise“ 2011 - Griechenland kann keine Schulden mehr machen? Dann muss es „wettbewerbsfähig“ werden!

mp3-Download: [www.farberot.de](http://www.farberot.de).

kratie in ihrer Armut noch ein Motiv gehabt haben – da mag die Armut perspektivlos und erdrückend gewesen sein, mit Demokratie wird aus derselben elenden Lebenslage eine Chance, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Andersrum: Ob man ein Auskommen findet, ist keine Frage der materiellen Mittel, sondern von good governance. Wenn Demokratie herrscht, dann reicht das. Per definitionem.

Das praktische Urteil der Flüchtlinge, die eine lebensgefährliche Fahrt übers Mittelmeer der Morgenröte einer demokratischen Lebensperspektive in Tunesien vorziehen, kann der Minister nicht tolerieren:

„Vor Demokratie flüchtet man nicht. Die Menschen sollten vor Ort den Übergangsprozess gestalten und am Aufbau in Tunesien mitwirken, anstatt das Land zu verlassen.“ (ebd.)

Wo Freiheit herrscht, wird die schiere Not zur Gelegenheit für nationalen Aufbau und das Ausharren im Elend zur nationalen Pflicht. Das haben sie jetzt davon. ■

## farbeROT & GEGENSTANDPUNKT

bieten regelmäßig für alle Interessenten einen

## Politischen Diskussionskreis

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens an.

Ort	Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim
Raum	K1, K2 oder K3 (1.Stock)
Zeit	donnerstags um 19 Uhr 3.11. / 10.11. / 17.11. / 1.12. / 8.12. / 15.12.2011

Informationen zu weiteren Städten auf  
[www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html](http://www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html)